



NIEDERSCHRIFT

Der 15. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am Montag, dem 03.07.2023
in Bürgerhaus - Saal Steinbach-Hallenberg -, Untergasse 36.

Tagesordnung

1. Empfehlung des Ältestenrates
2. Mitteilungen
 - 2.1 Herzbergstraße
 - 2.2 Lückenschluss Radweg
 - 2.3 Josefstadt
 - 2.4 Standesamt IKZ
3. Mitteilungen aus den Ausschüssen und Verbänden
 - 3.1 Ausschuss "Soziale Stadt"
 - 3.2 Stadtradeln
4. Aktuelle Fragestunde
 - 4.1 Radwegesituation
 - 4.2 Altes Gewerbegebiet
5. Aufstellung der Vorschlagsliste der Stadt Steinbach (Taunus) für die Schöffinnen/Schöffen beim Landgericht (Strafkammer) und Amtsgericht Frankfurt am Main VL-
72/2023/XIX
6. Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Steinbach (Taunus); hier: VII. Nachtrag VL-
69/2023/XIX
7. Hauptsatzung der Stadt Steinbach (Taunus) hier: VI. Nachtrag VL-
78/2023/XIX
8. Anpassungs- und Ergänzungsvereinbarung zwischen der Stadt Steinbach (Taunus) und der Kirchengemeinde Pfarrei St. Ursula Oberursel VL-
87/2023/XIX
9. Radschnellweg Frankfurt – Vordertaunus: Verwaltungsvereinbarung zu Planung und Bau VL-
85/2023/XIX
10. Bebauungsplan "Obergasse / Rombergstraße" hier: Analyse der städtebaulichen Zusammenhänge VL-
95/2023/XIX
11. Antrag auf Änderung des Regionalen Flächennutzungsplans (RegFNP) für den Bereich des Bebauungsplans „St.-Florian-Weg“ VL-
91/2023/XIX
12. Zweite Erweiterung des Betreuungsvertrags mit der Terramag GmbH über die Entwicklung des Gewerbegebietes „Im Gründchen“ VL-
92/2023/XIX

- | | |
|--|--------------------|
| 13. Bürgschaft zugunsten der Terramag GmbH für die Aufnahme eines Darlehens im Rahmen des Betreuungsvertrags für die Entwicklung des Gewerbegebietes „Im Gründchen“ | VL-
93/2023/XIX |
| 14. Ankauf eines Grundstücks | VL-
94/2023/XIX |
| 15. Verkauf eines Grundstückes | VL-
96/2023/XIX |
| 16. Antrag der Fraktion von CDU vom 14.06.2023 auf Prüfung zur Anschaffung einer Parkbank mit integrierter Photovoltaik zur Ladung von mobilen Endgeräten wie Smartphones etc. | VL-
89/2023/XIX |
| 17. Antrag der Fraktionen von FDP und SPD vom 16.06.2023 zur Prüfung einer Ferienwohnungssatzung | VL-
90/2023/XIX |
| 18. Bodenbevorratungsvereinbarung mit der HLG
Hier: Beschluss über einen Grundstücksankauf, der im Rahmen eines 7. Nachtrags zur Anlage 7 „Tauschland“ von der Hessischen Landgesellschaft (HLG) getätigt werden sollen | VL-
86/2023/XIX |
| 19. Beitritt der Stadt Steinbach (Taunus) zur pro regionale energie eG | VL-
80/2023/XIX |

Beginn 19:00 Uhr
Ende 20:42 Uhr

Anwesend

Stadtverordnetenversammlung

CDU - Fraktion

Frau Dr. Yvonne Binard-Kühnel
Herr Christian Breitsprecher
Frau Tanja Dechant-Möller
Frau Iris Diener
Herr Hartmut Eichhorn
Frau Gabriele Eilers
Herr Kashif Mahmood Janjua

SPD - Fraktion

Herr Moritz Kletzka
Frau Barbara Köhler
Frau Hannah Listing
Frau Andrea Rahlwes
Frau Heike Schwab

FDP - Fraktion

Herr Dirk Hagen
Herr Kai Hilbig
Herr Heiko Hildebrandt
Frau Simone Horn
Frau Laura Jungeblut

Frau Ursula Nüsken
Herr Walter Schütz
Herr Dominik Weigand

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Wolfgang Dreyer
Frau Dr. Gabriele Grabiger
Herr Jan Stricker
Herr Christian Trenk

Magistrat

Herr Steffen Bonk
Herr Lars Knobloch
Herr Jürgen Euler
Herr Holger Heil
Herr Norbert Möller
Herr Dr. Jörg Odewald
Frau Marion Starke
Herr Dr. Klaus Peter Weinberg
Frau Claudia Wittek

Verwaltung

Herr Marcus Gipp
Herr Sebastian Köhler
Herr Alexander Müller

Schriftführer

Herr Alexander Winkel

Nicht anwesend

Frau Astrid Gemke
Herr Daniel Gramatte
Frau Jutta Kühne
Frau Sabine Schwarz-Odewald
Herr Heino von Winning

Sitzungsverlauf

Herr Stadtverordnetenvorsteher Galinski eröffnet die 15. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Steinbach (Taunus). Er begrüßt die Bürgerinnen und Bürger, die Damen und Herren der Stadtverordnetenversammlung, die Mitglieder des Magistrates, die Vertreter der Presse und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Galinski stellt fest, dass die Einladung zur 15. öffentlichen Sitzung rechtzeitig ergangen und die Beschlussfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung gegeben ist.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Galinski stellt weiterhin fest, dass gegen die Niederschrift der 14. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 08.05.2023 keine Widersprüche vorliegen.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Galinski teilt mit, dass aufgrund einer Eilvorlage ein Beschluss

zur Erweiterung der Tagesordnung gefasst werden muss. Herr Bürgermeister Bonk bittet aus dringlichen Gründen, die Tagesordnung um die VL-80/2023/XIX zu erweitern. Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Dringlichkeit einstimmig (25 Stimmen) fest. Die Vorlage kommt als Punkt 19 auf die Tagesordnung.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Galinski fragt, ob es weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt. Es werden keine Änderungswünsche vorgetragen.

Tagesordnung I

1. Empfehlung des Ältestenrates

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes durch Herrn Stadtverordnetenvorsteher Galinski berichtet dieser als Vorsitzender des Ältestenrates über die vor dieser Stadtverordnetenversammlung erfolgte Sitzung des Ältestenrates.

Er teilt mit, dass man sich im Ältestenrat darauf verständigt hat, Tagesordnungspunkt 6 (VL-69/2023/XIX) aufgrund redaktionellen Anpassungsbedarfs von der Tagesordnung zu nehmen und in der nächsten Stadtverordnetenversammlung vorzulegen. Ebenso wird die Tagesordnung um Punkt 19 (VL-80/2023/XIX) erweitert. Alle weiteren Punkte werden entsprechend der Tagesordnung behandelt.

2. Mitteilungen

2.1 Herzbergstraße

Herr Bürgermeister Bonk teilt mit, dass die Verwaltung die Ausschreibung für die Erneuerung der Herzbergstraße bereits vorbereitet. Aufgrund der allgemeinen Kostensteigerungen im Bau möchte man dem ausführenden Unternehmen, welches sich noch zu bewerben hat, einen flexiblen Baubeginn ermöglichen, wodurch dieser für das Jahr 2023 unwahrscheinlich wird. In Abstimmung mit der Wasserversorgung Steinbach (Taunus) ist eine Wasser- bzw. Ringleitung zwischen der Herzbergstraße und dem Gewerbegebiet „Im Gründchen“ nötig. Diese Arbeiten werden vorgezogen, sind aber kein Teil der Baumaßnahme Herzbergstraße.

2.2 Lückenschluss Radweg

Herr Bürgermeister Bonk teilt mit, dass der Lückenschluss des Radwegs vom Wingertsgrund zur Regionalparkrundroute im Juli 2023 beginnen wird.

2.3 Josefstadt

Herr Bürgermeister Bonk teilt mit, dass die Stadt Frankfurt am Main bei der Regionalversammlung ein Zielabweichungsverfahren vom Regionalplan Südhessen für die sogenannte Josefstadt beantragt hat. Positiv anzumerken ist, dass dieser Antrag keine Wohnbebauung westlich der A5 vorsieht. Als direkt betroffene Kommune nutzte Steinbach die Möglichkeit einer Stellungnahme, die mit den Nachbarstädten Oberursel und Eschborn abgestimmt wurde. Der darin enthaltene Hauptkritikpunkt ist die geplante Sportanlage westlich der A5, sowohl in ihrer Lage als auch Größe.

2.4 Standesamt IKZ

Herr Bürgermeister Bonk teilt mit, dass die Stadt Kronberg die Zusammenarbeit im Bereich des Standesamtswesens mit der Stadt Königstein zum Jahresende 2023 aufgekündigt hat. Da die Stadt Steinbach lediglich einen Vertrag mit der Stadt Kronberg hat und man vertraglich nicht an Königstein gebunden ist, ergeben sich für Steinbach keine unmittelbaren Auswirkungen. Steinbach möchte mit Kronberg in diesem Bereich weiter zusammenarbeiten. Sollte es so kommen, wird der Standesamtssitz der Stadt Steinbach zum 1. Januar 2024 in der Receptur der Kronberger Altstadt sein.

3. Mitteilungen aus den Ausschüssen und Verbänden

3.1 Ausschuss "Soziale Stadt"

Herr Kletzka/SPD berichtet als Vorsitzender des Ausschusses „Soziale Stadt“ über die Beratungen der vierten Sitzung vom 25.04.2023, die gemeinsam mit dem Bau-, Verkehr- und Umweltausschuss stattfand. Gegenstand der Sitzung war die Besichtigung der städtebaulichen Projekte des Städtebauförderprogramms "Soziale Stadt".

Ein ausführliches Protokoll der Sitzung steht im Gremienportal der Stadt Steinbach zur Verfügung.

3.2 Stadtradeln

Herr Stadtverordnetenvorsteher Galinski berichtet bezüglich des Stadtradelns, welches vom 10.-30. September 2023 stattfinden wird, dass eine Gruppe „Wir radeln für unsere Demokratie“ eingerichtet wurde, die allen Parlamentariern wie auch Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung steht.

4. Aktuelle Fragestunde

4.1 Radwegesituation

Frau Nüsken/FDP bezieht sich auf die Gestaltung der neuen Fahrradstraße in der Waldstraße und bezeichnet die Markierungen im Übergang Obergasse / Waldstraße als nicht sehr glücklich. Die Fahrradzufahrt aus Richtung Obergasse führe sehr nah an dem ersten Parkplatz vorbei. Gerade für die jüngsten Fahranfänger könne diese Stelle zu einem Nadelöhr werden. Zur Entschärfung könnte aus ihrer Sicht ein Verzicht auf diesen ersten Parkplatz, was sie allerdings als keine wirkliche Option bezeichnet, oder eine Ummarkierung der Ein- und Ausfahrtspfeile beitragen. Sie fragt, welche Gründe für die jetzige Markierungssituation sprechen und ob eine Ummarkierung bei nächster Gelegenheit eine Möglichkeit wäre, die sich die Verwaltung auf die Arbeitsliste setzen könnte?

Herr Bürgermeister Bonk antwortet, dass die Verkehrssituation im oberen Teil der Obergasse noch nicht final ist. Die Fahrradschleuse wurde bewusst so gestaltet, dass sie die Radfahrer von den Fahrzeugen wegführt - eine Ummarkierung möchte man nicht vornehmen. Aufgrund des Parkdrucks ist man zudem um jeden Parkplatz bemüht. Jedoch möchte die Verwaltung eine weitere Markierung anbringen, die etwas Abstand zur Schleuse und damit zwischen Radfahrer

und Fahrzeugen schafft, möglichst ohne einen Parkplatz wegzunehmen.

Ein weiteres Anliegen von Frau Nüsken/FDP ist eine verkehrsberuhigte Zone im Obstviertel / Niederhöchstädterstraße / Stichstraße, welche Radfahrer, aus Niederhöchstadt kommen, allerdings nicht erkennen, weil es kein entsprechendes Verkehrsschild am Übergang „alter“ Radweg / Straße vor dem Kreisel Apfelweg gibt. Dadurch fahren viele Radfahrer unbewusst mit überhöhter Geschwindigkeit durch die verkehrsberuhigte Straße. Man wisse, dass für verkehrsberuhigte Zonen ganz eigene Vorgaben der Beschilderung bestehen. Sie fragt, ob in diesem Rahmen dort eine Verbesserung der Ausschilderung möglich wäre?

Herr Bürgermeister Bonk antwortet, dass man eine Nachbeschilderung „verkehrsberuhigter Bereich“ (aus dem Fuß-, Rad- und landwirtschaftlichen Weg kommend) und entsprechend „Ende verkehrsberuhigter Bereich“ (aus dem Apfelweg heraus) vornehmen wird. Auch im Martinsweg wird eine Beschilderung angebracht.

In diesem Kontext erwähnt der Bürgermeister, dass es einen Fertigstellungstermin für den Radweg Steinbach-Niederhöchstadt gibt. Ende Juli 2023 wird man gemeinsam mit dem Staatssekretär des Hessischen Wirtschaftsministeriums den Radweg zur Benutzung freigeben.

4.2 Altes Gewerbegebiet

Frau Rahlwes/SPD fragt, ob das alte Gewerbegebiet Stand Juni 2023 voll belegt ist und wenn dies nicht der Fall ist, wie viele Leerstände vorhanden sind? Zudem möchte sie wissen, ob eventuelle Leerstände aus einem Umzug ins neue Gewerbegebiet resultieren und wenn ja, welche?

Herr Bürgermeister Bonk antwortet, dass Gewerbetreibende nicht dazu verpflichtet sind, der Stadt etwaige Leerstände mitzuteilen, weshalb keine Gewähr auf Vollständigkeit der Angaben gegeben werden kann.

Eine gewerbliche Halle in der Industriestraße steht aufgrund eines Umzugs innerhalb des alten Gewerbegebiets leer. Darüber hinaus gibt es im alten Gebiet weitere Leerstände, z.B. eine einstige Autowerkstatt, wobei es hierfür bereits eine konkrete Idee für die Nachnutzung gibt. Von den fünf ansässigen Unternehmen im neuen Gewerbegebiet sind drei aus dem alten, zwei davon sind schon umgezogen. Deren Sitze im alten Gewerbegebiet wurden bereits wieder belegt.

Frau Rahlwes bittet den Bürgermeister zudem darum, die Höhe der brutto-Erlöse aus der Gewerbesteuer im alten Gewerbegebiet in den Vergleichsjahren 2018 bis 2022 unter Benennung des jeweiligen Hebesatzes zu benennen.

Herr Bürgermeister Bonk erinnert daran, dass das neue Gewerbegebiet erst im Jahr 2021 mit dem ersten Unternehmen bezogen wurde.

Im Jahr 2018 hatte Steinbach einen Gewerbesteuerhebesatz von 360 Prozentpunkten und einen Gewerbesteuerertrag von 3,6 Millionen Euro.

Im Jahr 2019 beziffert sich der Ertrag bei 370 Prozentpunkten auf 4,1 Millionen Euro.

Im Jahr 2020 beziffert sich der Ertrag bei 370 Prozentpunkten auf 6,25 Millionen Euro.

Im Jahr 2021 – das erste Grundstück im neuen Gewerbegebiet war bezogen – beziffert sich der

Ertrag bei 370 Prozentpunkten auf 4,7 Millionen Euro, davon entfielen 4,6 Millionen auf das alte Gewerbegebiet.

Im Jahr 2022 beziffert sich der Ertrag bei 380 Prozentpunkten auf 5,2 Millionen Euro, hierbei entfielen 4,16 Millionen auf das alte Gewerbegebiet.

- 5. Aufstellung der Vorschlagsliste der Stadt Steinbach (Taunus) für die Schöffinnen/Schöffen beim Landgericht (Strafkammer) und Amtsgericht Frankfurt am Main** **VL-72/2023/XIX**

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes durch Herrn Stadtverordnetenvorsteher Galinski kommt es ohne weitere Wortmeldungen zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Aufstellung der Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffinnen/Schöffen beim Landgericht (Strafkammer) und beim Amtsgericht Frankfurt am Main nach § 36 des Gerichtsverfassungsgesetzes (GVG).

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

- 6. Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Steinbach (Taunus); hier: VII. Nachtrag** **VL-69/2023/XIX**

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgezogen und soll in der nächsten Stadtverordnetenversammlung vorgelegt werden.

- 7. Hauptsatzung der Stadt Steinbach (Taunus) hier: VI. Nachtrag** **VL-78/2023/XIX**

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes durch Herrn Stadtverordnetenvorsteher Galinski kommt es ohne weitere Wortmeldungen zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den VI. Nachtrag zur Hauptsatzung der Stadt Steinbach (Taunus) gemäß dem dieser Vorlage beigefügten Entwurf.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

- 8. Anpassungs- und Ergänzungsvereinbarung zwischen der Stadt Steinbach (Taunus) und der Kirchengemeinde Pfarrei St. Ursula Oberursel** **VL-87/2023/XIX**

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes durch Herrn Stadtverordnetenvorsteher Galinski beantragt Herr Hilbig/FDP die Überweisung in den Haupt- und Finanzausschuss. Zudem bittet er den Magistrat darum, einen Vertreter bzw. Kitabeauftragten des Bistums Limburg zu dieser Sitzung einzuladen.

Gegen die Überweisung erfolgt keine Gegenrede. Die Vorlage ist somit in den HFA überwiesen.

9. Radschnellweg Frankfurt – Vordertaunus: Verwaltungsvereinbarung zu Planung und Bau **VL-85/2023/XIX**

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes durch Herrn Stadtverordnetenvorsteher Galinski spricht Herr Hildebrandt/FDP.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht. Es kommt zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Der Magistrat wird beauftragt, die als Anlage beigefügte Verwaltungsvereinbarung zwischen der Stadt Frankfurt am Main, der Stadt Eschborn, der Stadt Steinbach (Taunus), der Stadt Oberursel (Taunus), der Stadt Bad Homburg vor der Höhe, der Stadt Friedrichsdorf sowie dem Regionalverband FrankfurtRheinMain abzuschließen und zusammen mit den genannten Partnern die Planungsleistungen zu beauftragen.
2. Gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 11.07.2022 zum Radverkehrskonzept der Stadt Steinbach (VL-59/2022) soll im Zuge der Planung des Radschnellwegs der sogenannte Rundweg aus dem Bebauungsplan „Steinbachau“ berücksichtigt und mitgeplant werden.
3. Für den Streckenabschnitt des Radschnellwegs im Bereich der Industriestraße soll im Zuge der Planung ein Konzept erstellt werden, das durch Optimierung des Querschnitts und Neuaufteilung der Flächen einen weitgehenden Erhalt der Stellplatzanzahl ermöglicht und die Verkehrsfunktion der Industriestraße als Haupterschließungsstraße erhält.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

10. Bebauungsplan "Obergasse / Rombergstraße" hier: Analyse der städtebaulichen Zusammenhänge **VL-95/2023/XIX**

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes durch Herrn Stadtverordnetenvorsteher Galinski gibt Herr Bürgermeister Bonk Erläuterungen zur Vorlage. Im Anschluss beantragt Herr Kletzka/SPD die Überweisung in den Bau-, Verkehr- und Umweltausschuss.

Gegen die Überweisung erfolgt keine Gegenrede. Die Vorlage ist somit in den BVU überwiesen.

11. Antrag auf Änderung des Regionalen Flächennutzungsplans (RegFNP) für den Bereich des Bebauungsplans „St.-Florian-Weg“ **VL-91/2023/XIX**

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes durch Herrn Stadtverordnetenvorsteher Galinski spricht Herr Bürgermeister Bonk.

Weiterhin sprechen: Herr Breitsprecher/CDU, Herr Kletzka/SPD.

Im Anschluss kommt es zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Beim Regionalverband Frankfurt RheinMain wird ein Antrag auf Änderung des Regionalen Flächennutzungsplans (RegFNP) 2010 für den Bereich des Bebauungsplans „St.-Florian-Weg“ gestellt.
2. Entsprechend des Planzieles des Bebauungsplans „St.-Florian-Weg“ wird die Ausweisung einer Fläche für Gemeinbedarf (Zweckbestimmung: Anlagen für Sicherheit und Ordnung; hier: Feuerwehrstützpunkt) sowie eines Gewerbegebietes i.S. § 8 Baunutzungsverordnung (BauNVO) beantragt (gemäß Anlage 1).
3. Als Flächenausgleich für die geplante gewerbliche Baufläche wird die im RegFNP derzeit als Wohnbaufläche Bestand dargestellte Fläche nördlich des Nicolaiweges angeboten (gemäß Anlage 2).

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

12. Zweite Erweiterung des Betreuungsvertrags mit der Terramag GmbH VL- über die Entwicklung des Gewerbegebietes „Im Gründchen“ 92/2023/XIX

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes durch Herrn Stadtverordnetenvorsteher Galinski gibt dieser eine kurze Erläuterung zur Vorlage.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht. Es kommt zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage beigefügte zweite Erweiterung des Betreuungsvertrags mit der Terramag GmbH zur Entwicklung des Gewerbegebietes „Im Gründchen“.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

13. Bürgschaft zugunsten der Terramag GmbH für die Aufnahme eines VL- Darlehens im Rahmen des Betreuungsvertrags für die Entwicklung 93/2023/XIX des Gewerbegebietes „Im Gründchen“

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes durch Herrn Stadtverordnetenvorsteher Galinski spricht Herr Bürgermeister Bonk.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht. Es kommt zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, der Terramag GmbH im Rahmen des Betreuungsvertrags zur städtebaulichen Entwicklung des Gewerbegebietes „Im Gründchen“ eine zweckgebundene Ausfallbürgschaft in Höhe von 2.500.000,- € für die Zwischenfinanzierung von Grundstücksankäufen und Erschließungsmaßnahmen zu erteilen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

14. Ankauf eines Grundstücks

**VL-
94/2023/XIX**

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes durch Herrn Stadtverordnetenvorsteher Galinski kommt es ohne weitere Wortmeldungen zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Ankauf einer Liegenschaft mit einer Gesamtgröße von 3.796 m² zum Ankaufspreis von 1.300.000,- € gemäß beigefügtem notariellen Kaufvertrag.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

15. Verkauf eines Grundstückes

**VL-
96/2023/XIX**

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes durch Herrn Stadtverordnetenvorsteher Galinski beantragt Herr Kletzka/SPD die Überweisung in den Bau-, Verkehr- und Umweltausschuss zur Beratung.

Gegenrede erfolgt von Herrn Breitsprecher/CDU, der entweder eine Überweisung in den BVU zur sofortigen Beschlussfassung oder eine direkte Entscheidung in dieser Stadtverordnetenversammlung beantragt.

Herr Hilbig/FDP stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung und bittet um eine Sitzungsunterbrechung.

Die Sitzung wird von 19.59 Uhr bis 20.04 Uhr unterbrochen.

Im Anschluss kommt es zur Abstimmung über den Antrag von Herr Breitsprecher zur Überweisung in den BVU mit sofortiger Beschlussfassung, der mehrheitlich abgelehnt wird (Abstimmung: 7 Ja, 14 Nein, 4 Enthaltungen).

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt einstimmig, die Vorlage in den BVU zu überweisen. Die Vorlage ist damit überwiesen.

16. Antrag der Fraktion von CDU vom 14.06.2023 auf Prüfung zur Anschaffung einer Parkbank mit integrierter Photovoltaik zur Ladung von mobilen Endgeräten wie Smartphones etc.

**VL-
89/2023/XIX**

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes durch Herrn Stadtverordnetenvorsteher Galinski spricht Herr Eichhorn. Der Beschluss wird um folgenden Satz ergänzt: „Die Finanzierung soll über Sponsoren gestaltet werden“.

Weiterhin sprechen: Herr Trenk/Bündnis 90/Die Grünen, Herr Hilbig/FDP, Frau Köhler/SPD.

Im Anschluss kommt es zur Abstimmung über die Vorlage mit dem ergänzten Beschluss.

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, die Anschaffung einer Sitzbank mit integrierten Photovoltaik Modulen und Batterien zu prüfen, die es ermöglicht, mobile Endgeräte wie Smartphones etc. zu laden. Die Finanzierung soll über Sponsoren gestaltet werden.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

17. Antrag der Fraktionen von FDP und SPD vom 16.06.2023 zur Prüfung einer Ferienwohnungssatzung **VL-90/2023/XIX**

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes durch Herrn Stadtverordnetenvorsteher Galinski spricht Herr Hilbig/FDP.

Weiterhin sprechen: Herr Breitsprecher/CDU, Herr Stricker/Bündnis 90/Die Grünen, Herr Kletzka/SPD.

Im Anschluss kommt es zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Steinbach wird beauftragt zu prüfen, inwiefern eine Ferienwohnungssatzung für Steinbach (Taunus) zielführend ist, um bestehenden Wohnraum zu schützen. Dabei soll auf Basis einer Prüfung (Vor- und Nachteile) ein Rohentwurf einer Satzung erstellt und den zuständigen Gremien zur weiteren Beratung und weiteren Entscheidung vorgelegt werden.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

18. Bodenbevorratungsvereinbarung mit der HLG **VL-86/2023/XIX**
Hier: Beschluss über einen Grundstücksankauf, der im Rahmen eines 7. Nachtrags zur Anlage 7 „Tauschland“ von der Hessischen Landgesellschaft (HLG) getätigt werden sollen

- nicht öffentlich -

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes durch Herrn Stadtverordnetenvorsteher Galinski kommt es ohne weitere Wortmeldungen zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Steinbach (Taunus) beschließt, die Hessische Landgesellschaft (HLG) im Rahmen eines 7. Nachtrags zur Anlage Nr. 7 zur Bodenbevorratungsvereinbarung mit dem Ankauf des in den beigefügten Anlagen näher bezeichneten Grundstücks zu dem angegebenen Ankaufspreis zu beauftragen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

19. Beitritt der Stadt Steinbach (Taunus) zur pro regionale energie eG **VL-80/2023/XIX**

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes durch Herrn Stadtverordnetenvorsteher Galinski kommt es ohne weitere Wortmeldungen zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Beitritt der Stadt Steinbach (Taunus) zur pro regionale energie eG und bittet die Genossenschaft um Betreuung durch die Zweigniederlassung Bürgerenergie Hochtaunus mit Sitz in Friedrichsdorf.

Die Stadt Steinbach (Taunus) erwirbt mit dem Beitritt zur Genossenschaft einen Geschäftsanteil im Wert von 100,00 €. Die Mittel hierfür stehen im Teilhaushalt 02000 Hauptverwaltung zur Verfügung.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

gez. Jürgen Galinski
Stadtverordnetenvorsteher

gez. Alexander Winkel
Schriftführer

Die Niederschrift liegt gemäß § 28, Abs. 3 der Geschäftsordnung vom 18.06.2012 in der Zeit vom 19. Juli bis einschließlich 1. August 2023 im Rathaus, Gartenstraße 20, Zimmer 24, 2. Stock, offen.